

Krieg und Frieden 2011

Rede am 2. September 2011 von Eberhard Speckmann

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen.

Zu unserem Friedensfest, dass Die LINKEN aus Kleinmachnow, Teltow und Steglitz-Zehlendorf seit vielen Jahren gemeinsam am Weltfriedenstag bzw. Antikriegstag ausrichten, begrüße ich euch ganz herzlich!

Am 1. September 1939 hat das faschistische Deutschland den zweiten Weltkrieg begonnen – mit zwei großen Lügen. Die erste Lüge war, polnische Freischärler hätten den deutschen Rundfunksender Gleiwitz überfallen. Die zweite Lüge war, dieser Krieg würde Europa Frieden und eine politische Neuordnung bringen.

Dieser Krieg forderte über sechzig Millionen Tote, hatte Zerstörungen ganzer Städte, von Panzern und Bomben umgepflügte Felder, verbrannte Ernten und verseuchte Wälder, massenhafte Zerstörung unwiederbringlicher Kulturgüter der Völker Europas zur Folge. Hitler'sche Konzentrationslager gab es überall in Europa. Die grausamste Hinterlassenschaft des Hitlerstaates war der Holocaust, die industriell betriebene Ausrottung der Juden Europas durch das braune Banditentum. Die mahnende Erinnerung an den 1. September 1939 ist und bleibt für DIE LINKE verpflichtendes politisches Erbe deutscher Geschichte – niemand darf Deutschland wieder in Kriege verwickeln!

Damals waren sich Alle einig – Deutsche Soldaten dürfen nie wieder in fremden Ländern kämpfen!

Und Heute? In Afghanistan, in Libyen, im nahen Osten und an vielen anderen Orten der Welt herrschen Gewalt und Krieg.

Die Bundeswehr, ausgerüstet mit Raketen, Panzern und modernstem Kriegsgerät führt Krieg in Afghanistan. Sie verteidige am Hindukusch unsere Freiheit: das behaupten Politiker von CDU, SPD und Grünen. Ein SPD Minister prägte den Spruch: „Unsere Freiheit wird auch am Hindukusch verteidigt“. Denkt man diese Aussage weiter, kann unsere sogenannte Freiheit Überall verteidigt werden. In

Venezuela, in Kuba oder in Madagaskar.

Die Mehrheit der Bundesbürger ist gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, nach einer neuen Meinungsumfrage, sind auch 54% gegen einen militärischen Einsatz in Libyen, sie glauben nicht an das Märchen, es gehe um unsere Freiheit. Wenn es aber nicht um unsere Freiheit geht:

Worum geht es dann?

Es sind wirtschaftliche Interessen, die Interessen des „Militär-Industriellen Komplexes“. Es geht um Rohstoffe – es geht um Öl - es geht um Waffenexport! In den verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) von 1992 für die Bundeswehr wird als deren Aufgabe unter anderem benannt : Die *„Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.“* Was eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ist, wird dann von der Bundesregierung entschieden, gemeinsam mit den verbündeten imperialen Mächten der NATO.

Zur Verteidigung des „freien Welthandels“ ist jedes Mittel recht, auch Bomben auf Kinder wie in Kundus. Das ist Krieg. Und im Krieg stirbt die Wahrheit zuerst. Lügen, wie der angebliche Überfall auf den Sender Gleiwitz, waren Anlass zum zweiten Weltkrieg. Lügen begründeten den Überfall auf Jugoslawien, auf den Irak und Libyen. Die Bundesregierung und das „Establishment“ sagen, sie wollen Menschenrechte verteidigen, unseren Wohlstand und Freiheit schützen; deshalb müssen wir uns gegen Bedrohungen verteidigen. Auch das ist eine Lüge!

Vor der Wende 1990, kam die Bedrohung aus dem Osten, sagten sie uns. Damit russische Panzer nicht in unseren Vorgärten stehen - dagegen musste gerüstet werden. Viele haben es geglaubt. Als der Osten „tot gerüstet“ war und alle ehemals sozialistischen Länder kapitalistisch wurden, war auch die „kommunistische“ Gefahr gebannt. Es wurde nach neuen Feinden gesucht und diese wurden gefunden. Statt der Gefahr aus dem Osten waren es nun die „Islamisten“, die unsere Freiheit bedrohen und damit hatte die Waffen- und Rüstungsindustrie wieder eine Begründung, ihre todbringenden Güter weiter zu produzieren.

Das Panzergeschäft mit Saudi Arabien ist noch nicht lange her. In Saudi Arabien herrscht eine Clique islamistischer Aristokraten. Es ist ein Land, in dem Menschenrechte überhaupt keine Rolle spielen. Ein Land, in dem Diebstahl mit dem Abhacken einer Hand bestraft wird. Ein Land, in dem es Gleichberechtigung für Frauen nicht gibt. An solche Länder verkaufen wir Panzer. Saudische Panzer waren es, die den Volksaufstand im Nachbarland Bahrein nieder geschlagen haben. Ging es bei dem Panzergeschäft um Freiheit und Menschenrechte? Diese Frage beantwortet sich von selbst. Kriegsgerät aller Art, ob es U-Boote oder Sturmgewehre sind, werden an jeden verkauft der bezahlt. Sie dürften gar nicht produziert werden. (Beispiel Heckler und Koch)

Kriege entstehen nicht einfach wie ein Wirbelsturm, entspringen nicht wie ein Fluss aus einer Quelle. Kriege sind keine Naturkatastrophe. Kriege werden gemacht. Dahinter stehen ökonomische Interessen. Wer kann ein Interesse daran haben, dass die Spannungen in der Welt geschürt werden? Es liegt auf der Hand – ein wesentlicher Faktor sind die, die davon profitieren und das ist u.a. die Rüstungsindustrie. Sie hat ein fundamentales Interesse an Spannungen und Krieg - zur Sicherung ihrer Profite, zur Befriedigung ihrer Aktionäre.

Aber – so könnte man ja einwenden: wir haben doch eine Regierung, vom Volk gewählt, die hat doch die Macht und die Pflicht, entsprechend dem Grundgesetz die Politik zu bestimmen. Es wird jedoch immer offensichtlicher, dass unsere Regierung das Primat der Politik aufgibt und dass die Industrie die Macht und die Mittel hat, mit ihrer Lobby und ihren „Thinktanks“ die Politik, die Medien und die Militärs zu beeinflussen, zu manipulieren oder gar zu kaufen. Um es zugespitzt zu sagen: die Industrie hält sich eine Regierung.

Die Geschichte zeigt immer wieder, dass für das Kapital Krieg auch ein Mittel ist, um einen Ausweg aus Wirtschafts- und Finanzkrisen zu suchen und dass dieses Mittel auch angewandt wird. Die Rüstungsindustrie ist Teil unseres Wirtschaftssystems. Sie ist verflochten mit der übrigen Industrie, den Banken und

auch mit staatlich finanzierten Forschungsstätten. Deshalb sollten wir gerade in der Krise auf diese Zusammenhänge hinweisen. Ein aktuelles Beispiel ist der Krieg in Libyen, 20 000 NATO Angriffe haben große Teile des Landes in Schutt und Asche gelegt und nun beraten die Kriegsherren wie es wieder aufgebaut wird. Und wer die profitabelsten Anteile des Reichtums des Landes bekommt. Soviel zum Kampf um Menschenrechte.

Und noch: Die immer teurer werdenden Kriege und die Ansprüche von Rüstungslobby und Militär zerstören auch die Sozialsysteme der Staaten und gefährden Demokratie und Menschenrechte. Daraus folgt – Rüstung tötet auch im Frieden.

Was tun? Gegen die zunehmende Militarisierung unserer Gesellschaft ist Widerstand angesagt. Das Grundgesetz verlangt das von uns uns.

Im Artikel 26 heißt es:

(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

(2) Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Wer das Grundgesetz ernst nimmt, muss Widerstand leisten - auch gegen die Indoktrination durch die Bundeswehr an unseren Schulen.

Wir fordern: Bundeswehr raus aus den Schulen!

Die BVV Steglitz-Zehlendorf hat im vorigen Jahr mit den Stimmen der CDU und der Grünen beschlossen, den Schulen im Bezirk zu empfehlen,

Informationsveranstaltungen der Bundeswehr mit Jugendoffizieren regelmäßig anzubieten. Dort heißt es u.a.:“Die Bundeswehr stelle eine Berufsperspektive dar. Über ihre Rolle in der Außen- und Sicherheitspolitik solle informiert werden.“ DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf wendet sich ganz entschieden gegen dieses Ansinnen.

Wir sind der Auffassung, dass dieser Beschluss dem Geist des Grundgesetzes widerspricht. Wir fordern, dass Informationsveranstaltungen von Jugendoffizieren

der Bundeswehr an Schulen nur dann zu genehmigen sind, wenn auch die Teilnahme anderer gesellschaftlicher Verbände und Initiativen gewährleistet ist. Es ist nicht nachzuvollziehen, dass ausgerechnet die Grünen, die vor 30 Jahren aus der Friedensbewegung entstanden sind, in Zählgemeinschaft mit der CDU in unserem Bezirk einem solchen Antrag zum Erfolg verhelfen. Eine Losung der Friedensbewegung war "Frieden schaffen ohne Waffen" das scheinen viele Grüne vergessen zu haben.

Liebe Steglitz-ZehlendorferInnen, liebe Gäste,
der Kampf für den Frieden steht für Linke an vorderer Stelle! Nicht nur in den Parlamenten sondern auf der Straße, in Schulen, in Betrieben - überall. DIE LINKE ist eine Friedenspartei, daran sollte am 18. September bei der Wahl auch gedacht werden. Eine Stimme für DIE LINKE ist auch eine Stimme für den Frieden.
Nie wieder Krieg! – Nie wieder Faschismus!